



Warmlaufen für den Protest: Nicht nur in Sachen Energiewende, auch bei den Themen Europa-politik, Flüchtlingsrechte und Steuergerechtigkeit geht es nun darum, mit kreativen Aktionen eine andere Politik einzufordern. Foto: Campact/Jakob Huber, Autorenfoto: Stephanie Handtmann

Jetzt gefragt: Protest und Alternativen!

Um die kommende Bundesregierung zum Handeln zu bewegen, braucht es den Druck von unten



Jutta Sundermann

Bewegungsarbeiterin
und Mitglied des
Stiftungsrates

Es wird wohl eine große Koalition, die in den nächsten Jahren in Deutschland regiert – kontrolliert von einer Opposition, die so klein ist, dass sie laut Grundgesetz nicht einmal Untersuchungsausschüsse beantragen dürfte. Wie gut, dass gesellschaftliche Diskussionen nicht allein auf dem parlamentarischen Weg voran gebracht werden können!

Beispiele gefällig? Die Energiewende in den Händen der konzernfreundlichen Parteien

droht zu scheitern. Jetzt braucht es den Druck von unten, wie etwa von unseren Förderprojekten Berliner Energietisch oder .ausgestrahlt. Den schrecklichen Nachrichten von immer mehr Flüchtlingen, die im Mittelmeer ertrinken, müssen jetzt politische Konsequenzen folgen. Hier ist die Vernetzungs- und Mobilisierungsarbeit von Projekten wie der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge oder unseren drei Bewegungsarbeitern in dem Themenfeld wichtiger denn je. Während die Mindestlöhne den Sprung in den Koalitionsvertrag schaffen könnten, wackelt das „Nein“ zur Vorratsdatenspeicherung. Der Einsatz für Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft wird noch wichtiger – und die Stiftung bridge bleibt gefragt. Steuersenkungsversprechen sind ohne die Liberalen nicht mehr nötig, allerdings erwarten auch Optimisten nur vorsichtige Schritte hin zu mehr Steuergerechtigkeit. Schlecht sieht es

aus für Korrekturen im Europakrisen-Kurs und eine konsequente Finanzmarkt-Regulierung.

Was ist zu tun? Über 40 Prozent der Wählerinnen haben das „Alternativlos“ der Kanzlerin geglaubt, eine ernüchternde Wahl-Bilanz. Nun geht es darum, mit guten Argumenten und kreativen Aktionen Menschen zu gewinnen, damit sie selbst Position beziehen. Es gilt, den Mut zum Widerspruch zu stärken. Es geht aber nicht nur um „Realpolitik“. Denn zugleich bewahren und entwickeln soziale Bewegungen Visionen über den aktuell machbaren Politikhorizont hinaus. Das geschieht in vielen Ländern gleichzeitig und lohnt verstärkten internationalen Austausch. In Griechenland und Spanien protestieren breite Bündnisse gegen die Kürzungspolitik. In Großbritannien setzen BürgerInnen die Steuervermeider unter den Konzernen unter Druck. Nach zwei Frankfurter Aktionswochenenden 2012 und 2013 will das Protestbündnis Blockupy noch internationaler auftreten.

AfD stoppen – solidarische Visionen für Europa sichtbar machen

Und noch eine große Aufgabe hat das Wahlergebnis gebracht. Nur knapp hat die neue Partei Alternative für Deutschland, AfD, den Einzug in den Bundestag verpasst. Wahrscheinlich kommt sie nächstes Jahr ins Europaparlament, das keine Fünf-Prozent-Hürde kennt. Das Schlimme ist, dass die AfD-Position das Gegenteil von solidarisch ist. Die AfD will die schwächsten Länder rausgeworfen wissen aus dem Euro. Ihre Sorge gilt Belastungen der Deutschen, nicht der bestmöglichen Lösung für alle Menschen in Europa und darüber hinaus. Sie ist eng vernetzt mit Rechtspopulisten und radikalen Marktverfechtern. Eine gefährliche Mischung, die kluge Reaktionen erfordert. Denn es gibt solidarische Visionen für Europa. Wir müssen sie nur sichtbarer und stärker machen!

Termine 2014

Strategiewerkstatt

28. Februar bis 2. März in Berlin

Nächster Antragschluss

1. April Bewegungsstiftung und Stiftung bridge

Den Investoren nicht das Feld überlassen

Gastbeitrag von Willi Lehnert vom „Bündnis Junge Landwirtschaft“



Aktive der Kampagne „Bauer sucht Land“ waren bei der Groß-Demonstration für eine andere Agrarpolitik im Januar in Berlin dabei.

Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft

Wem gehört Grund und Boden? Warum steigen Bodenpreise in den letzten Jahren stark an? Und haben junge Leute überhaupt noch eine Chance, in die Landwirtschaft einzusteigen? Diese Fragen stehen im Zentrum der Kampagne „Bauer sucht Land“, die seit 2013 von der Bewegungsstiftung unterstützt wird.

Organisiert wird die Kampagne vom Bündnis Junge Landwirtschaft, in dem sich junge Bio-LandwirtInnen zusammengetan haben. Sie wollen die Themen Bodenpolitik und Existenzgründung in der Landwirtschaft bearbeiten und einen gesellschaftlichen Diskurs über den Umgang mit Boden führen. Der Fokus liegt dabei auf Ostdeutschland.

Landwirtschaft ist eintönig, die Arbeit hart, es gibt wenig Geld und die Anerkennung des Berufsstandes ist gering. So ist landläufig das Bild über Leben und Arbeit im ländlichen Raum. Doch weit gefehlt. Das Interesse steigt. Immer mehr AbsolventInnen sehen in den letzten Jah-

ren eine Perspektive in der Bio-Landwirtschaft und sagen: „Ja! Wir wollen auf dem Land leben und in der Landwirtschaft arbeiten. Wir sind hochmotiviert, kreativ und sehen zum Beispiel in der Region Berlin-Brandenburg einen Markt und eine hohe Nachfrage für regional erzeugte Lebensmittel.“

Schnell wird ihnen jedoch klar: Auch mit Motivation und etwas Startkapital ist es schwer, an Land zu kommen. Die ostdeutsche Bodenpolitik stützt nach wie vor Großbetriebe, hochsubventioniert durch die EU-Förderpolitik. Im Zuge der Finanzkrise wird seit 2007 mehr und mehr Kapital in Immobilien und Land investiert. Das

Resultat ist ein Preisanstieg von Boden von 2007 bis 2012 um 86 Prozent, Tendenz steigend. Immer mehr außerlandwirtschaftliche Investoren (zum Beispiel der Heizungshersteller Viessmann oder der Pflegeheim-Betreiber Lindhorst) sehen ein attraktives Investment in der Landwirtschaft, besonders in den neuen Bundesländern. Die Bodenpreise sind günstiger und die großräumige Agrarstruktur ermöglicht eine „effiziente“ Bewirtschaftung mit großen Maschinen und wenig Arbeitskräften.

Die Jagd nach Land ist in vollem Gange

Mit dieser Situation sehen sich LandwirtschaftsabsolventInnen konfrontiert. Sie müssen beim Bodenkauf mit Investoren konkurrieren und einen Kampf David gegen Goliath führen. Hinzu kommt, dass der Bund nach wie vor Flächen aus DDR-Vermögen verwaltet und verkauft, und das meistbietend. Die beauftragte Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) privatisiert bis 2025 alle land- und forstwirtschaftlichen Flächen. An wen ist irrelevant, nur der beste Preis zählt. Die Jagd nach Land ist in vollem Gange. Dabei gäbe es bei der Privatisierung von Landwirtschaftsflächen Gestaltungsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stehen wir vor großen Aufgaben. Wir brauchen neue Ideen. Junge Leute wollen aufs Land, aber nur, wenn es für sie eine Perspektive gibt.

Deshalb fordert das Bündnis Junge Landwirtschaft Beratungsangebote für Existenzgründungen und Hofübergaben sowie ein Moratorium des BVVG-Flächenverkaufs. Neue, transparente Vergabekriterien müssen erarbeitet werden, um eine Landwirtschaft zu unterstützen, die sich in der Gesellschaft engagiert. Das Feld darf nicht Investoren überlassen werden, die keine örtliche und ideelle Verbindung zur Landwirtschaft haben. Hier muss die Politik aktiv werden und die Weichen für die Zukunft stellen – für attraktive ländliche Räume und für lebenswerte Dörfer.

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Willi Lehnert, Monika Onken, Jutta Sundermann **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de
Kontakt: Telefon 04231 - 957 540, Fax 04231 - 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de
Bankverbindung: Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Ich sehe es als meine Pflicht, Ungerechtigkeit zu bekämpfen“

Rex Osa ist neuer Bewegungsarbeiter der Stiftung – er unterstützt Flüchtlinge bei ihrem Kampf für ein Bleiberecht und ein menschenwürdiges Leben



Rex Osa leistet Widerstand gegen eine Flüchtlingspolitik, die er selbst als „Maschinerie aus Bürokratie, Kontrolle und Diskriminierung“ erlebt hat – hier bei einer spontanen Demonstration gegen die Abschiebung von Roma-Flüchtlingen 2012 in Stuttgart. Fotos: Privat

Repression, Isolation und institutioneller Rassismus – das sind die Missstände in der deutschen Flüchtlingspolitik, gegen die unser neuer Bewegungsarbeiter Rex Osa (Jahrgang 1973) kämpft. Rex, der in Stuttgart wohnt, ist seit über acht Jahren in der Flüchtlingsarbeit aktiv.

2005 war er aus Nigeria nach Deutschland geflüchtet, weil er dort aufgrund seines Engagements gegen Korruption politisch verfolgt wurde. Doch statt Schutz und Hilfe erwarteten ihn in Deutschland Misstrauen und Ablehnung. „Das erste Gespräch mit meinem Sachbearbeiter verlief in Form eines Polizeiverhörs“, berichtet Rex. „Statt mir zuzuhören, konfrontierte er mich mit Anschuldigungen, auf die ich nur mit Ja oder Nein antworten durfte. Mit einer fairen Anhörung hatte das nichts zu tun.“

Den gesamten Asylantragsprozess mit Gerichtsanhörungen, bei denen ihm unter anderem Protokolle und Kopien von Originaldokumenten vorenthalten wurden, beschreibt Rex als schrecklich und traumatisch. „Ich war in eine Maschinerie aus falscher Bürokratie, Kontrolle und Diskriminierung geraten“, sagt Rex. Doch statt die ihm zugewiesene Rolle zu akzeptieren, suchte er nach Kontakten und lernte so die Flüchtlingsselforganisationen „The Voice“ und die „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ kennen. In den nächsten Monaten engagierte sich Rex auf verschiedenen Ebenen. Er beteiligte sich

an den Protesten rund um den Oury-Jalloh-Prozess und forderte Aufklärung im Fall des Flüchtlings aus Sierra Leone, der 2005 in Dessau in Polizeigewahrsam verbrannt war.

Außerdem gründete er zusammen mit Menschen aus dem Kirchenkreis Biberach bei Ulm, wo er mittlerweile untergebracht war, den Arbeitskreis Asyl, der sich für den Austausch zwischen Flüchtlingen und Anwohnern einsetzt. Er organisierte eine Kampagne gegen Abschiebungen, bei der er Flüchtlinge zum Boykott von Anhörungen in den Botschaften ihrer Herkunftsländer aufforderte. Er informierte Flüchtlinge in Workshops, wie sie Widerstand gegen eine drohende Abschiebung leisten können und startete 2010 zu einer Tour durch mehr als 80 Lager in ganz Deutschland, um die Flüchtlinge bei der Selbstermächtigung und Vernetzung zu unterstützen.

In den letzten Jahren hat Rex sein Engagement auf europäische Netzwerke ausgeweitet, nicht zuletzt vor dem Hintergrund zunehmend EU-weit koordinierter Sammelabschiebungen. Er arbeitet aber auch an der globalen Vernetzung des Widerstands von Flüchtlingen: 2012 nahm

er am Weltsozialforum über Migration und am International Migrant Tribunal in Manila teil. 2013 ist er zum Weltsozialforum nach Tunis gereist, wo er sich mit Flüchtlingen im Lager Choucha vernetzte.

Dass Rex Osa diese Reisen überhaupt unternehmen kann, liegt daran, dass er seit 2008 eine Aufenthaltserlaubnis hat. Auch wenn er selbst nicht mehr akut von Abschiebung bedroht ist, ändert das nichts an seinem Engagement: „Ich sehe es als meine Pflicht, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung zu bekämpfen und denen zu helfen, die sich nicht wehren können.“ Auch er kennt Frustrationen und Enttäuschungen, zum Beispiel, wenn Abschiebungen nicht zu verhindern sind. Aber er sieht auch Zeichen der Veränderung: „In den letzten Monaten haben sich immer mehr Flüchtlinge organisiert und das Thema in die Öffentlichkeit getragen.“ Das Credo seiner politischen Arbeit lautet: „Wir können die Welt nicht an einem Tag verändern. Deshalb schätze ich jeden kleinen Schritt und gebe selbst mein Bestes.“

Werden Sie PatIn!

Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von Rex oder die der anderen BewegungsarbeiterInnen fördern. Machen Sie Engagement möglich! Alle Infos unter www.bewegungsarbeiter.de

Unsere neuen Förderprojekte



Protest in Rumänien und Berlin: Die Kampagne „Save Rosia Montana“ will die größte Tagebau-Goldmine Europas verhindern. Eine neue Kampagne von Attac will die Steuertricks von Konzernen stoppen.

Fotos: Save Rosia Montana, Attac.

Basisförderung

Pinkstinks

Pinkstinks kämpft gegen die rosa Glitzerwelt in den Kinderzimmern und Werbekampagnen, Produkte und Marketingstrategien, die Mädchen eine limitierende Rolle zuschreiben. Denn dadurch werden die Weichen gestellt für eine unkritische Haltung gegenüber stereotypen Rollenbildern und Schönheitsdiktaten. Mit Aktionen, Demos und viel Öffentlichkeitsarbeit hat Pinkstinks das Thema in den letzten Monaten in die Öffentlichkeit getragen. Nun unterstützt die Bewegungstiftung den weiteren Aufbau der Organisation bis 2016 mit einer Basisförderung.

Förderung: 70.000 Euro
www.pinkstinks.de

Rechtshilfebüro

Das Versammlungsrecht wird in den letzten Jahren von staatlicher Seite mit immer mehr Auflagen versehen. Die Anmeldung einer Demonstration kann zum Hürdenlauf mit hohen Risiken für die Aktiven werden. Mit der Kampagne „Störfaktor“ will das Rechtshilfebüro für gewaltfreie Aktionen gegen diese Einschränkung eines Grundrechts vorgehen – mit Vorträgen und Schulungen für Aktive, aber auch mit Musterprozessen. Langfristig sollen so Gestaltungsfreiheit und Entscheidungshoheit über den Inhalt und Zweck einer Versammlung zurückgewonnen werden. Die

Bewegungstiftung fördert das Rechtshilfebüro dabei bis 2015 mit einer Basisförderung.

Förderung: 50.000 Euro
www.rechtshilfebueero.de

Kampagnenförderung

Berliner Energietisch

Das Bündnis Berliner Energietisch engagiert sich dafür, dass das Stromnetz in Berlin wieder in öffentliche Hand übergeht und ökologische und demokratisch kontrollierte Stadtwerke gegründet werden. Damit die BürgerInnen selbst über die Energieversorgung in ihrer Stadt abstimmen konnten, hatte der Energietisch einen Volksentscheid erstritten, der am 3. November stattfand und für den hunderttausende BerlinerInnen mobilisiert wurden. Letztendlich scheiterte der Volksentscheid nur knapp am nötigen Zustimmungsquorum. Doch 83 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für eine Energieversorgung in Berliner Hand aus. Mit dieser Unterstützung im Rücken will der Energietisch weiter Druck machen auf die Politik.

Förderung: 10.000 Euro Eilförderung und 5.000 Euro Ausfallbürgschaft
www.berliner-energietisch.net

Save Rosia Montana

Die Kampagne kämpft gegen die größte Tagebau-Goldmine Europas, die in dem rumänischen Ort Rosia Montana geplant ist. Dort

will ein kanadischer Investor unter dem Einsatz von Zyanid auf einer Fläche von 1.500 Hektar Gold abbauen. Die Folgen wären massive Umweltzerstörungen und die Zwangsumsiedlung von hunderten Menschen. Dagegen regt sich Widerstand. Aus den anfänglich lokalen Protesten ist mittlerweile die größte Umweltkampagne Rumäniens geworden, bei der die rumänische Organisation Alburnus Maior und deutsche Aktive zusammenarbeiten. Mit Netzaktivismus und öffentlichen Aktionen wollen sie die Goldmine stoppen.

Förderung: 11.950 Euro
www.rosiamontana.org/en

Steuertricks der Konzerne stoppen!

Pro Jahr gehen dem deutschen Staat 20 bis 30 Milliarden Euro Einnahmen durch Steuertricks von Konzernen verloren. Die Kampagne des globalisierungskritischen Netzwerks Attac fordert eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung und die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer, damit die bisherigen Steuerschlupflöcher gestopft werden. Nur so können Steuertrickser wie Apple, Ikea, Starbucks und Co endlich zur Kasse gebeten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sammelt die Kampagne Unterschriften und veranstaltet Protestaktionen, um die Entscheidungsträger zum Handeln zu bewegen.

Förderung: 12.000 Euro
www.attac.de/aktuell/konzernbesteuerung

„Das Protestsparen ist Teil meiner Geldanlage“

Stifter im Gespräch: Ralf Bußberg über seine Zinsspenden in den Fördertopf der Bewegungstiftung und warum ihn das Thema Energiewende auch persönlich betrifft



Geld in Bewegung bringen und Protest möglich machen – das ist das Ziel unseres Programms Protestsparen, an dem sich auch unser Stifter Ralf Bußberg beteiligt.

Fotos: Privat, Jakob Huber

Wie haben Sie von der Bewegungstiftung erfahren?

Ralf Bußberg: „Ich bin schon ewig an den Themen Umweltschutz und Gesellschaftsveränderung interessiert. Anfang der 90er Jahre war ich als Student im BUND und in der Jugendumweltbewegung aktiv und habe damals mitverfolgt, dass in Verden verschiedene Projekte gestartet werden sollten. Jahre später habe ich im Internet geschaut, was daraus geworden ist und bin dabei auf die Bewegungstiftung gestoßen.“

Was hat Sie überzeugt, Stifter zu werden?

„Das ganze Paket ist stimmig. Ich finde es sinnvoll, dass die Bewegungstiftung nicht nur mit ihren Erträgen Gutes tut, sondern auch ihr Stiftungskapital gesellschaftsverändernd anlegt. Auch die Idee, Bewegungsarbeiter zu fördern und damit Engagement zu professionalisieren, finde ich gut – nach dem Motto: Da ist jemand, der sich richtig einsetzt und was tut. Dem halten wir den Rücken frei!“

Engagieren Sie sich selbst in sozialen Bewegungen?

„Leider fehlt mir dazu neben Beruf und Familie die Zeit. Ich habe Energie- und Umwelttechnik studiert, habe erst Bürgerwindparks geplant und mich dann selbstständig gemacht mit einer Firma, die Photovoltaikanlagen baut und

betreibt. Meine Frau und ich haben das Glück, dass es beruflich bei uns gut läuft. Deswegen wollen wir die Initiativen, die uns wichtig sind, zumindest finanziell fördern. Wir engagieren uns auch vor Ort für die Waldorfschule, in die unsere beiden Söhne gehen.“

Sie sind nicht nur Stifter, sondern machen auch beim Protestsparen mit. Dabei können Menschen der Stiftung zinslose Darlehen geben. Diese legt das Geld ethisch-nachhaltig an und die Zinsen fließen steuerfrei in Protestbewegungen. Warum sind Sie zum Protestsparer geworden?

„Aus den gleichen Beweggründen wie beim Stiften, mit dem entscheidenden Vorteil: Man trennt sich nicht endgültig von seinem Geld, sondern bekommt es irgendwann zurück.“

Sparen gilt vielen als spießig, hinzu kommt das derzeit niedrige Zinsniveau. Warum finden Sie das Protestsparen trotzdem sinnvoll?

„Wenn es eh nicht viele Zinsen gibt, kann man sie auch gleich spenden! Nein im Ernst: Das Protestsparen ist Teil meiner Geldanlage. Als Selbstständiger lege ich Geld fürs Alter zurück. Einen Teil habe ich in Aktienfonds und Genussscheinen von Windkraftanlagen mit einer Aussicht auf höhere Rendite investiert. Ein Teil steckt im Protestsparen, wo ich

die Zinsen spende, aber später auf das Kapital zurückgreifen kann. Für mich ist das die richtige Mischung.“

Die Zinsen aus dem Protestsparen fließen in den Fördertopf der Stiftung. Welche Themen und Kampagne, die wir damit fördern, sind Ihnen besonders wichtig?

„Ich bin durch meinen Job nah dran an den Diskussionen zur Energiewende und dem Atomausstieg. Hinzu kommt, dass wir in der Nähe von Mönchengladbach in Erkelenz wohnen, das zu einem Drittel dem Braunkohletagebau Garzweiler weichen soll. Wir sind nah dran am Loch. Da spürt man die Auswirkungen der Energiepolitik ziemlich deutlich. Mich interessieren aber auch Themen wie Ernährung, Landwirtschaft und Eine-Welt-Politik. Grundsätzlich kann ich mich mit allen Kampagnen, die die Stiftung fördert, identifizieren. Da ist das Geld gut aufgehoben.“

PROTEST SPAREN

Wollen auch Sie für den Protest sparen? Alle Informationen finden Sie im beigefügten Faltblatt und unter: www.protestsparen.de

„Die Bedingungen für pflegende Angehörige sind diskriminierend“



Setzen sich für ein gerechteres Pflegesystem ein: Susanne Hallermann (3. von links) und ihre MitstreiterInnen von „Armut durch Pflege“.

Foto: Privat

Millionen Menschen in Deutschland pflegen eine ihnen nahestehende Person – unentgeltlich und oft ohne jede Unterstützung. Der Verein „wir pflegen“ hat deshalb die Initiative „Armut durch Pflege“ gestartet, die von der Bewegungstiftung gefördert wird. Sie setzt sich für eine Umgestaltung des Pflegesystems ein, damit pflegende Angehörige vor sozialem Abstieg und Armut bewahrt bleiben. Mitbegründerin Susanne Hallermann im Interview über Ziele, Strategien und erste Erfolge der Kampagne.

Warum haben Sie „Armut durch Pflege“ mit ins Leben gerufen?

Susanne Hallermann: „Ich habe dreizehn Jahre lang meine Oma zu Hause und meinen Vater im Altenheim gepflegt. Das brauchte viel Kraft und all meine Ersparnisse auf. Es blieb mir kaum Zeit, Geld zu verdienen und mich um Freunde, den Rest der Familie oder gar um mich selbst zu kümmern. Weil meine Pflegeleistung nicht gewürdigt wurde, war ich – als gut ausgebildete Frau – im ALG-II-Bezug. So geht es Tausenden und das möchten wir ändern.“

Warum wäre eine Veränderung des Pflegesystems wichtig?

„Die mangelnde Unterstützung und die Bedingungen für pflegende Angehörige sind diskriminierend. Dreiviertel aller Pflegebedürftigen werden im Durchschnitt über acht Jahre zu Hause gepflegt. Nach vielen Jahren Pflege ist ein Jobeinstieg für pflegende Angehörige schwierig, wenn nicht unmöglich. Das soziale Umfeld ist weggebrochen. Die finanziellen Rücklagen sind aufgebraucht.“

Was möchte die Initiative erreichen?

„Pflegerische Angehörige sind der größte Pflegedienst der Nation und entlasten unser Sozialsystem. Doch es gibt kaum Entlastungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung für sie selbst. Pflege und Beruf lassen sich oft nicht vereinbaren, was viele Pflegebedürftige aus finanziellen Gründen ins Heim bringt. Momentan ist die Lage so: Wer zu Hause von Angehörigen gepflegt wird, hat Anspruch auf

Pflegegeld. Das deckt rund ein Drittel der Gesamtkosten. Den Rest zahlen oft pflegende Angehörige. Wenn die Reserven aufgebraucht sind, rutschten viele in Hartz IV. Professionelle oder stationäre Pflege wird mehr als doppelt so hoch honoriert. Wir fordern deshalb, dass die Pflege durch Angehörige zu Hause vergleichbar entlohnt wird.“

Was tut „Armut durch Pflege“?

„Wir machen auf das Problem aufmerksam, da soziale Folgen der Familienpflege ein Tabu sind. Herz unserer Initiative sind die pflegenden Angehörigen und ihre reale Situation. 2010 haben wir einen Adventskalender mit 24 Schicksalen veröffentlicht. Das Telefon stand gar nicht mehr still, weil die Leute weitere Geschichten lesen wollten. Wir wissen also – das Thema interessiert und berührt, weil es alle angeht, es jeden treffen und betreffen kann. Außerdem bauen wir Netzwerke von Unterstützern auf, arbeiten mit wissenschaftlichen Institutionen und schreiben Politiker mit offenen Briefen direkt an.“

Was bedeutet die Förderung der Bewegungstiftung für die Initiative?

„Sie ist für uns ein Meilenstein. Wir können unser Team ausbauen und unsere Internetpräsenz verstärken. Der herkömmliche Protest ist für pflegende Angehörige schwierig. Mit Oma im Schlepptau geht man gewöhnlich nicht auf der Straße demonstrieren. Daher nutzen wir das Internet und vor allem die sozialen Medien. Da können pflegende Angehörige zu jeder Tages- und Nachtzeit aktiv werden. Außerdem profitieren wir von der Vernetzung durch die Bewegungstiftung und lernen von anderen.“

Interview: Monika Onken

Lotterie-Spende für die Bewegungstiftung

Eine besondere Spende hat uns vor kurzem erreicht: Unsere Stifterin Irmingard Weise hat 8.000 Euro für unseren Fördertopf und 2.000 Euro für den von StifterInnen gegründeten Fonds Zivilcourage gespendet, der Aktionen zivilen Ungehorsams fördert. Die 10.000 Euro hatte sie bei der Fernsehlotterie Aktion Mensch gewonnen. „Eigentlich spiele ich gar kein Lotto. Ich habe das Los von einem Geschäftspartner geschenkt bekommen“, so Weise. „Als ich von dem Gewinn erfahren habe, war mein erster Gedanke: Warum ausgerechnet ich? Ich bin doch

schon vermögend. Das ist doch ungerecht!“ Deshalb sei es ihr wichtig gewesen, das Geld schnell weiterzureichen. „Ich will, dass etwas Sinnvolles damit passiert.“ Wir bedanken uns ganz herzlich für diese Spende, die ohne Abzüge unseren Förderprojekten zu Gute kommt. Wenn auch Sie der Bewegungstiftung ungewöhnliche Spenden zukommen lassen möchten – zum Beispiel Feierspenden anstelle von Geschenken bei Hochzeits- oder Geburtstagsfesten – wenden Sie sich an uns. Wir beraten Sie gerne.

